

zur Finanzierung der Tätigkeit der neuen demokratischen Parteien verwendet werden (TASS russ. 1. 9. 1991). Es ist sehr wichtig, daß das ehemalige KPdSU-Vermögen nicht bei den staatlichen Organen der Republiken verbleibt, die es erhalten haben. Denn ohne ausreichende materielle Grundlage kann sich kein echtes Mehrparteiensystem entwickeln. Und ohne ein Mehrparteiensystem wird es

keine Demokratie geben. Die Gefahr einer populistischen Diktatur ist nicht von der Hand zu weisen. Die neuen politischen Führer der Republiken – so hört man von den neuen politischen Parteien –, die einmal Kommunisten waren, sind versucht, zu meinen, sie seien die Demokratie, und wer anders denkt, sei kein Demokrat.

*Eberhard Schneider*

## „Der Grundansatz muß neu werden – das ganze Denken“

Ein Gespräch über das Bildungswesen in den neuen Bundesländern mit der thüringischen Kultusministerin Christine Lieberknecht

*Mit dem Beginn des Schuljahrs 1991/92 trat das Schulwesen in den fünf neuen Bundesländern in eine neue Phase. Schulgesetze oder Schulreform- bzw. Vorschaltgesetze wurden in den vergangenen Monaten von den Landtagen verabschiedet und bilden die rechtliche Grundlage für seinen völligen Umbau. Aber damit ist nur ein erster Schritt getan: Von den Curricula bis zur Einführung neuer Schulformen, von der Eignungsüberprüfung der Lehrer bis zur Schaffung neuer Fächer bleibt kaum ein Stein auf dem anderen – und dies, während der Schulbetrieb weiterläuft. Über den Stand dieser Bemühungen sprachen wir mit der Kultusministerin des Landes Thüringen, Christine Lieberknecht (CDU). Bis zu ihrem Wechsel in die Politik war Frau Lieberknecht evangelische Pastorin. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.*

**HK:** Frau Ministerin Lieberknecht, betrachtet man die Situation des Schul- und Bildungswesens in den neuen Bundesländern zu Beginn des neuen Schuljahres, kommt es einem so vor, als müßte hier ein Frachtschiff auf hoher See und bei voller Fahrt zu einem Luxusliner umgebaut werden – also ohne die Möglichkeit, im Trockendock in aller Ruhe und mit der nötigen Gründlichkeit umgerüstet werden zu können. Wie macht man das eigentlich? Waren sechs Wochen Sommerferien ausreichend, um den gewünschten Schnitt vorzunehmen?

**Lieberknecht:** Es ist richtig, daß wir mit Beginn des neuen Schuljahres einen eindeutigen Schnitt zum vorausgegangenen Schuljahr vollziehen. Dieser Schnitt ist von der Bevölkerung und den politischen Parteien eindeutig gewollt. Wir hatten keine andere Wahl. Wir konnten ihn nicht weiter vor uns herschieben. Es mußte jetzt begonnen werden. Das bedingt natürlich, daß vieles parallel laufen muß. Zum einen die personelle Gestaltung des neuen Schulwesens – mit all den Problemen, die damit verbunden sind: vor allem die Überprüfung der Lehrerschaft, eine Forderung aus dem Einigungsvertrag. Alle Stellen im

öffentlichen Dienst müssen neu besetzt, die strukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Mit einem neuen Bildungswesen haben wir auch neue Schulen – das einheitliche Schulsystem mußte aufgefächert werden in verschiedene Schularten. Sosehr dieser Schnitt jedoch gewollt war, in der Praxis konnte es nicht ausbleiben, daß er auch Widerstände erzeugte, weil vieles notwendigerweise mit der Aufgabe von Gewohnheiten verbunden ist. Hinzu kommt die Frage, inwieweit dem einzelnen diese Veränderungen tatsächlich einsichtig sind und ob er sich ihnen freiwillig stellt. Inhalte müssen von einem völlig neuen Ansatz her entwickelt werden – das betrifft vor allem Fächer im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Neue Lehrpläne mußten ebenso erarbeitet wie neue Lehrbücher ausgewählt werden – und dies alles letztlich ohne eine funktionierende Landesverwaltung. Dies ist schon echte Pionierarbeit.

## „Die eigentliche geistige Auseinandersetzung ist weitgehend ausgeblieben“

**HK:** Stimmt es, wenn gesagt wird: Wir stürzen uns in den neuen Bundesländern zwar auf die Curricula, die Lehrbücher, die Schul- und Bildungsgesetze, erledigen das, was pragmatisch machbar ist, aber vergessen den geistigen Hintergrund, ohne den das ganze ohne Fundament in der Luft hängt?

**Lieberknecht:** Vieles in der öffentlichen Diskussion – auch das, was an Fragen von Lehrer-Kollegen kommt – bezieht sich, das ist wahr, auf pragmatisch zu regelnde Dinge. Aber um so größer ist die Aufgabe und um so dringlicher der Versuch, das Wesentliche in den Blick zu bekommen, etwa das, was wir im Zusammenhang mit dem vorläufigen Bildungsgesetz genannt haben: eine freiheitliche Erziehung zu Individualität und Toleranz, die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, eine Erzie-

hung zu mündigen Menschen, die sich auch kritisch und zugleich fundiert mit unserer Gesellschaft auseinandersetzen können. Da muß man natürlich bei den Lehrern anfangen.

*HK:* Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht vor allem die Überprüfung, der sich die Lehrer als Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu unterziehen haben. Trägt diese Überprüfung wirklich zu einer Befriedung bei, oder werden hier möglicherweise sogar neue Gräben aufgerissen, die auf mittlere Sicht den neuen Bundesländern noch nachhaltig zu schaffen machen werden?

*Lieberknecht:* Die Überprüfung ist zunächst einmal eine Notwendigkeit und wurde auch allenthalben gefordert. Allerdings, das ist richtig, sie ersetzt nicht die eigentliche geistige Auseinandersetzung, die im Vorfeld weitgehend ausgeblieben ist. Wobei ich aber hoffe, daß die Bereitschaft zum offenen und ehrlichen Gespräch zunehmen wird, wenn die bedrückende Überprüfung vorüber ist. Bisher war eine große Angst unter den Kollegen festzustellen. Im Grunde scheute sich jeder, den Mund aufzumachen, aus der Befürchtung heraus, es könnte ein Kollege kommen und sagen: Vor zwei Jahren hast Du aber noch ganz anderes geredet . . . Dadurch, daß wir die Kollegen in den Regionen relativ stark gemischt und die Lehrerkollegien neu zusammengestellt haben, kann mancher doch auch wirklich einen Neuanfang machen.

*HK:* Wo soll die Grenzlinie zwischen denen verlaufen, die nicht wieder in den Schuldienst übernommen werden, und denen, die in ihrem Beruf weitermachen können? Lassen sich für diese Grenzlinie eigentlich wirklich hieb- und stichfeste Kriterien angeben, die auch den zu erwartenden gerichtlichen Überprüfungen standhalten?

*Lieberknecht:* Unsere Kriterien sind eindeutig – selbst wenn sie natürlich immer an Hand des konkreten Einzelfalls gesehen werden müssen. Im Kern legen wir eine langjährige Identifikation mit dem sozialistischen Staat zugrunde, die vornehmlich an der Wahrnehmung bestimmter Funktionen über einen längeren Zeitraum festgemacht wird. Ein Indiz dafür, daß Zweifel an der Eignung eines Bewerbers bestehen könnten, sehen wir in der Regel dann für gegeben an, wenn eine solche strukturelle Einbindung nachgewiesen wird. Daneben können auch noch weitere Einzel Tatsachen treten, die dann aber konkret belegbar sein müssen.

*HK:* Bleibt dies aber nicht doch ein recht äußerliches Kriterium? Sind die Übergänge zwischen Opfern und Tätern im Grunde nicht fließender, als es bei solchen Gesichtspunkten zum Tragen kommt?

*Lieberknecht:* Das ist ja das Gefährliche an jeder Diktatur, dieses ständige Wechselspiel von Tätern und Opfern. Natürlich kommen die meisten zu uns in dem subjektiven Bewußtsein, Opfer gewesen zu sein. Aber da muß man weiterfragen: Bis zu welchem Grad war er auch Täter? Man muß auch sagen, daß bestimmte Entscheidungen in der Vergangenheit gefällt wurden, um die man nicht her-

umkommt – etwa wenn gesagt wird: Ich mußte diese oder jene Funktion wahrnehmen, diesen oder jenen Schritt gehen, Mitglied der SED werden oder die Ausbildung zum Pionierleiter machen, um anderes erreichen zu können. In solchen Fällen muß man im nachhinein feststellen: Das waren Kompromisse, und Kompromisse können sich in der jetzigen Lage auf die eine oder andere Weise auswirken . . .

*HK:* Die Mitgliedschaft in der SED allein ist also kein Hinderungsgrund, jemanden in der gegenwärtigen Lage in den Schuldienst zu übernehmen?

*Lieberknecht:* So ist es.

## „Durch das Elternhaus ist den Schülern eine gewisse Verlässlichkeit erhalten geblieben“

*HK:* Wie steht aber nun die große Mehrheit der Lehrer, die in den Schuldienst des Landes Thüringen und der anderen neuen Bundesländer übernommen werden will und wird, zu ihrer schulisch-pädagogischen Arbeit vor der Wende? Wird es da nicht insgesamt sehr viel mehr Kontinuität zum Vergangenen geben, als es der Schnitt eines neuen Bildungsgesetzes andeutet? Kontinuität im Verhältnis zum staatlichen Handeln insgesamt, im Rechtsbewußtsein, in der Einstellung zum Verhältnis von Individuum und Staat und vieles andere mehr?

*Lieberknecht:* Es geht nicht darum, alles, was im sozialistischen Staat gewesen ist, für schlecht zu erklären. Wichtig sind die Grundlagen eines Gesellschaftsbildes und -vollzuges – die müssen grundlegend verändert werden. Wenn die Grundlagen stimmen, dann kann man viele einzelne Mosaiksteine, Dinge, die etwa im naturwissenschaftlichen Bereich, in Mathematik oder anderen Fächern vermittelt wurden, ins neue Konzept einbauen. Aber die Grundvoraussetzung muß stimmen. Da ist in der Tat ein Neuanfang notwendig. Nehmen Sie z. B. die Schulbuchfrage: Der Verlag „Volk und Wissen“ versuchte, sich auf der Grundlage bisheriger DDR-Schulbücher den entsprechenden Erfordernissen anzupassen. Da gab es Bücher, in denen einfach ein paar Dinge bzw. Namen, die ideologisch belastet waren, gestrichen wurden. Das reicht uns nicht aus. Der Grundansatz muß neu werden – das ganze Denken. Es reicht nicht, das eine oder andere wegzulassen, ansonsten aber weiterzumachen wie gehabt.

*HK:* Ist denn in den letzten anderthalb bis zwei Jahren aus Ihrer Sicht genug geschehen, daß es zu einem solchen Neuanfang überhaupt kommen kann? Grundlegende Veränderungen, wie Sie sie anstreben, lassen sich doch kaum nur durch den Erlaß eines neuen Bildungsgesetzes bewerkstelligen. Braucht es nicht in jedem Fall noch einige Zeit, bis man davon ausgehen kann, daß man so weit ist, wie dies bildungspolitisch, aber auch pädagogisch notwendig und wünschenswert wäre?

*Lieberknecht:* Auf jeden Fall. Andererseits ist durchaus bereits eine Menge geschehen auf diesem Gebiet. Etwa in den Kontakten, die die Schulen und Kollegen von sich aus im Gespräch mit Lehrern und Schulen in den Altbundesländern aufgenommen haben. Da ist vieles geschehen, von dem wir gar nichts wissen, was aber deswegen nicht weniger wirkungsvoll gewesen sein muß. Ganz abgesehen von Impulsen, die wir von uns aus versucht haben, in die Diskussion einzugeben – und sei es nur über die vorläufigen Lehrplanhinweise.

*HK:* Auf verschiedenen Gebieten leisten die westlichen Bundesländer eine Art Aufbauhilfe, indem sie Beamte in die neuen Bundesländer schicken. Könnte und – vielleicht – müßte man dies nicht auch bei den Lehrern tun, um auf diese Weise dem Neuanfang im Schulwesen in den neuen Bundesländern wirkungsvoll unter die Arme zu greifen? Von dieser Möglichkeit hört man kaum etwas. Geschieht es nicht, und wenn nein, warum nicht?

*Lieberknecht:* Das ist eine schwierige Frage. An dieser Stelle muß man sich über folgendes klarwerden: Es geht ganz entscheidend um unsere Vergangenheit, und ich denke, daß wir es in den neuen Bundesländern auch sind, die sich damit zuallererst auseinanderzusetzen haben. Das bedeutet nicht, daß wir uns nicht auch von ausgebildeten Psychologen, Gruppentherapeuten und anderen etwa im Rahmen der Fortbildung von Lehrern beraten lassen. Aber ich muß auch mögliche Verletzungen in Rechnung stellen: Für jeden altbundesdeutschen Kollegen, den ich hier einstelle, muß ich aufgrund des Stellenplans vier Thüringer entlassen. Dazu wäre – im umgekehrten Fall – kein altbundesdeutsches Land bereit. Deswegen sage ich immer wieder: Lehreraustausch, ja, sofort – wenn dafür auch entsprechend viele thüringische Lehrer etwa nach Hessen oder Rheinland-Pfalz oder Bayern oder wo auch immer hingehen könnten.

*HK:* Was geht eigentlich gegenwärtig in den Schülern in den neuen Bundesländern vor sich? Innerhalb kürzester Zeit hat sich die Schule radikal verändert, eine andere Sprache hat Einzug gehalten, andere Inhalte, andere Prioritäten und Stile. Wie bewältigen Schüler diesen Wandel? Wie bringen sie Vergangenheit und Gegenwart zusammen – zumal dann, wenn ihnen dieselben Lehrer gegenüberstehen? Trauen sie nun niemandem mehr über den Weg?

*Lieberknecht:* Das ist unterschiedlich. Bei manchen – gerade in den oberen Schuljahren – ist erheblicher Frust zu erkennen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Auf der anderen Seite stehen natürlich die großen Möglichkeiten der Freiheit, die vorher undenkbar waren. Es gibt so viele Schulklassen, die Reisen unternommen haben, nicht nur in die Altländer, sondern innerhalb ganz Europa, und sie wurden dabei auch vom Ministerium gefördert. Das sind Eindrücke, die schon prägend sein werden und deutlich machen, daß jetzt die Chancen doch unvergleichlich größer sind für ihr persönliches Leben, als das in der Vergangenheit der Fall war.

*HK:* Könnte dies nicht aber auch nur die Zuckerseite des Wandels sein? Im bisherigen System wurde Anpassung verlangt, wer auffiel, fiel unten durch, wer abwich, stand bald draußen. Nun ist mehr oder minder das genaue Gegenteil von dem verlangt. 40 Jahre hat das bisherige System Bestand gehabt. Da bleibt doch mehr, als auch Schüler in wenigen Monaten ablegen können . . .

*Lieberknecht:* Wir dürfen nicht vergessen, daß schon immer eine Spannung zwischen Elternhaus und Schule bestand. Schule wurde samt der in ihr vertretenen Ideologie von den Schülern weitgehend nur abgehakt. Die Lehrer mußten so reden, alles war vorgegeben, niemand nahm es mehr sonderlich ernst. Natürlich hat es immer auch Ausnahmen gegeben. Prägend war letztlich trotz aller sogenannter sozialistischer Erziehung von der Krippe angefangen über den Kindergarten, die Lehrer, den Hort und die komplette Inanspruchnahme dieses Bereichs durch den Staat das Elternhaus. Das beweisen etwa Studien des Jugendforschungsinstituts Leipzig, Ergebnisse übrigens, die lange Zeit tabu waren. Von daher ist für die Schüler schon durch das Elternhaus eine gewisse Verlässlichkeit erhalten geblieben. Andererseits sind frühere Sicherheiten nicht mehr oder nicht mehr in gleichem Maße gegeben – denken Sie nur an den Arbeitsplatz. Es wird ein bisher unbekanntes Maß an Flexibilität erforderlich sein – aber darauf haben sich die Schüler und Jugendlichen insgesamt schneller und selbstverständlicher eingestellt, als dies z. B. bei den Lehrern der Fall ist. Vor allem aber – und das erlebt jeder Schüler eben doch sehr unmittelbar als Fortschritt: Es gibt jetzt nicht mehr diesen Widerspruch zwischen dem, was man in der Schule hört, und dem, was man täglich sieht.

### „Den Schritt hin zu einem neuen politischen Engagement tun nur wenige“

*HK:* Wie groß könnte dann die Gefahr sein, daß die distanzierte Einstellung zur früheren sozialistischen, staatlich gelenkten Schule auch die heutige bzw. zukünftige Schule noch treffen wird?

*Lieberknecht:* Die Angebote der Schulen haben sich so sehr gewandelt, sie werden zunehmend von der Freiheit und Kreativität der Lehrer geprägt, so daß ich annehme, daß sie von den Schülern auf ganz andere Weise aufgenommen werden, als das beim bisherigen Angebot der Fall war. Unter diesen Bedingungen macht es ihnen sehr viel mehr Spaß, sich im Unterricht einzubringen. Auch bei den Lehrern hat sich hier schon Erhebliches verändert: Ich habe Lehrer erlebt, die seit 20, 30 Jahren im Schuldienst stehen und die jetzt sagen: Von diesem oder jenem Experiment im Chemieunterricht habe ich immer schon geträumt – jetzt kann ich es realisieren.

*HK:* Andererseits werden auch unter den gewandelten Verhältnissen manche Bedürfnisse und Hoffnungen unerfüllt bleiben. Auch Widersprüche bleiben: Das Demokra-

tieideal, das nun in der Schule gelehrt wird, muß sich auch an der Realität messen und reibt sich immer wieder auch mit der staatlichen und politischen Wirklichkeit.

*Lieberknecht:* Aber man kann offen darüber streiten. Der Schüler hat die Möglichkeit, seine Fragen und Vorbehalte offen zu benennen. Bisher wurde gerade im gesellschaftspolitischen Bereich mit jeder Frage bereits eine Antwort suggeriert. Jetzt kann darüber jedoch eine freie Auseinandersetzung stattfinden. Die Lehrer werden alles tun, um dies zu fördern, eben um auch von diesem Bild von Schule und Gesellschaft, das sie bisher verfolgt hat, wegzukommen und Freiheit und Toleranz deutlich zu machen versuchen. In den gesellschaftspolitischen Fächern muß am Ende der Schulstunde nicht mehr – wie dies bisher der Fall war – eine fertige Meinung stehen. Der Schüler kann den Unterricht auch mit einer offenen Frage verlassen.

*HK:* Wie ernst muß man denn gerade im Bildungswesen die Einstellung bei Bürgern in den neuen Bundesländern nehmen, durch die Einheit der beiden deutschen Staaten werde lediglich eine Ideologie durch eine andere ersetzt?

*Lieberknecht:* Das Vorurteil ist sicher vorhanden. Wenn man genauer hinsieht, kann diese Meinung aber keinen Bestand haben. Dazu ist die Gesellschaft zu verschieden angelegt, und die Möglichkeiten sind ungleich andere als in den vergangenen Zeiten. Schwierigkeiten bestehen sicher in der Frage des aktiven politischen Engagements. Da stellen wir immer wieder eine große Zurückhaltung fest. Bisher hatten wir eine Überorganisation – fast 98 Prozent der Jugendlichen waren in der FDJ. Den Schritt wieder hin zu einem politischen Engagement tun gegenwärtig nur wenige. Es gibt kaum Parteieintritte, weder bei den bürgerlichen Parteien noch auch der SPD oder anderen. Es herrscht eine große Zurückhaltung.

## „Wir müssen an die große reformpädagogische Tradition Thüringens anknüpfen“

*HK:* Von der allgemeinen Verunsicherung im Zuge der Wende sind auch die Eltern betroffen. In den neuen Schulgesetzen fällt auf, wie sehr in ihnen das Erziehungsrecht der Eltern herausgestellt wird. Sind die Eltern auf ihre neue Rolle vorbereitet?

*Lieberknecht:* Die Eltern artikulieren ihren Willen sehr deutlich – vor allem was die Schullaufbahn der Kinder betrifft. Auch Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der Schule spielen eine Rolle, der Wunsch nach bestimmten Klassenlehrern. Eltern artikulieren sich auch im Blick auf bestimmte Schulleiter. Das ist insgesamt eine positive Entwicklung, die wir auch vom Ministerium auf jeden Fall fördern wollen. In Thüringen soll auch ein Landesschulbeirat gebildet werden, in dem auch die Eltern entsprechend tätig sein sollen. In der Vergangenheit war die Elternmeinung zwar formal durch entsprechende Gremien präsent, aber letztlich zählte sie nicht. Viele Ent-

scheidungen, die im Blick auf Schüler getroffen wurden, waren für die Eltern nicht durchschaubar. Gegen eine Ablehnung des Besuchs einer weiterführenden Schule zum Abitur konnte man als Elternteil in den meisten Fällen nichts machen. Daß hier Eltern ihr Recht wahrnehmen, ist wichtig. Daß bei vielen Wünschen oder Entscheidungen von Eltern im Einzelfall auch Gespräche geführt werden müssen, gerade wenn es um die Anforderungen einzelner Schularten geht, ist ebenso klar. Da muß noch eine Menge passieren.

*HK:* Haben sich bildungspolitisch in den neuen Bundesländern eigentlich neue und eigene Konzepte und Ansätze herausgebildet? Oder spiegeln die bildungspolitischen Konzepte weithin die Diskussionslage aus den westlichen Bundesländern wider, möglicherweise sogar vor allem der Länder, mit denen man im engeren Sinne zusammenarbeitet?

*Lieberknecht:* Der Aufbau des Ministeriums begann vor weniger als einem Jahr, im letzten November. Zu dem Zeitpunkt war die bildungspolitische Debatte hier schon voll im Gange – maßgeblich hineingetragen von den Nachbarländern. Auf der einen Seite standen die Verfechter eines Gesamtschulmodells, wie es beispielsweise in Hessen vorherrschend ist, auf der anderen Seite stand die Forderung nach dem gegliederten Schulwesen. Die Fronten waren somit eigentlich schon da, bevor überhaupt ein Ministerium existierte. In dieser Situation haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, ein Schulwesen zu schaffen, das den Thüringer Bedingungen angepaßt ist, aber natürlich auch den bildungspolitischen Vorstellungen der Regierungsparteien von CDU und FDP entspricht, und sind dabei, wie ich meine, zu einer guten Lösung gekommen, die auch durchaus für die Altländer vermittelbar sein könnte. Wir haben einerseits das gegliederte Schulwesen, auf der anderen Seite mit unserer Regelschule – von einem gegliederten Schulwesen ausgehend – aber eben doch auch integrative Elemente drin. Die Regelschule wird nach integrativem Modell geführt; sie kann aber auch additiv abschlussbezogene Klassen bilden – je nachdem, wie dies organisatorisch vor Ort gewünscht wird. Das ist unser Kompromißangebot. Daß dies den Gesamtschulbefürwortern nicht reicht, ist klar.

*HK:* Hat man Ihnen von seiten der alten Bundesländer genügend Freiheit gelassen, eigene Wege zu beschreiten, oder fühlen Sie sich unter einem Druck, der mit föderaler Länderautonomie eigentlich wenig zu tun hat, nach der Devise – nur nichts in den östlichen Ländern einführen, was eines Tages über den Umweg der östlichen Länder dann auch uns im Westen bevorstehen könnte ...

*Lieberknecht:* Daß hier massive Interessen der Altländer bestehen und bestanden, ist offensichtlich – gerade auch von den Verbänden, die hier viele Veranstaltungen durchgeführt haben. Aber so viel muß klar sein: Die politische Verantwortlichkeit liegt in den Händen der Thüringer. Die Verwaltungshilfen, also die Beamten, die wir hier im Haus haben, mehrheitlich aus Rheinland-Pfalz, aber auch

aus Bayern, bringen ihre Sachkenntnis ein, auch ihre Verwaltungs- und juristischen Kenntnisse, um unserem politischen Willen zum Erfolg zu verhelfen.

*HK:* Einer der bedeutendsten Unterschiede im Bildungswesen zu Zeiten der ehemaligen DDR bestand im Gegensatz von Zentralismus im Osten und Föderalismus im Westen. In den alten Bundesländern beziehen die Länder einen wesentlichen Teil ihrer Identität gerade aus dem eigenständigen Kultussektor. Hat sich das föderalistische Denken im Bildungsbereich in den neuen Bundesländern schon wirklich durchgesetzt?

*Lieberknecht:* Eindeutig ja. Im November 1989, beim Fall der Mauer, kam die Forderung nach Wiedergründung der Länder, die ja nicht zufällig vom zentralistischen Staat 1952 aufgelöst worden sind, recht schnell. Es hat sich unterdessen viel festgemacht an der Identität als Thüringer oder Brandenburger oder Sachsen. Für die Menschen war diese Größe unmittelbar faßbar. Das von Bonn aus regierte Deutschland ist weit weg. Politik macht sich hier in den Ländern fest, und hier wird auch Identität gesucht. Im Bildungsbereich bestehen hervorragende Möglichkeiten, dies deutlich zu machen. Es geht um unsere Thüringer Konzeption, um unser Thüringer Erbe. Gerade hier in Thüringen haben wir eine Reihe von Orten, die sich in der Vergangenheit einen bildungspolitischen Namen gemacht haben: Haubinda, Mutterschule aller Landschulheime, gegründet von Hermann Lietz; Friedrich Fröbel und die Fröbelschen Anstalten in Keilhau; schließlich die Gründung der deutschen Volkshochschulen durch Professor Wilhelm Flitner Ende der 20er Jahre in Jena; die Jena-Plan-Schulen und Peter Petersen. Aber auch Städte wie Weimar, Erfurt, Gotha, Eisenach, Meiningen haben in der Bildungspolitik einen guten Klang. An diese große reformpädagogische Tradition müssen wir anknüpfen.

### „Ein Vorzug des Regelschulwesens ist, daß wir flexibel reagieren können“

*HK:* Auch die ehemalige DDR hatte im Bildungsbereich noch einen vergleichsweise guten Ruf. Mutet es da nicht seltsam an, dennoch in der jetzigen Situation einen völligen Neuanfang vornehmen zu müssen?

*Lieberknecht:* Das Bild, das man sich in der früheren Bundesrepublik machte, war eine Außenansicht. Äußerlich hat sich vieles vorbildlich dargestellt: komplette Versorgung, Ganztagsbetreuung, das Essen in der Schule – die ganzen Äußerlichkeiten. Das war letztlich ja auch ein Kennzeichen des sozialistischen Systems. Der Lebensablauf des Bürgers wurde komplett von der Wiege bis zur Bahre organisiert. Was damit an Zwang, an Druck und Entmündigung mitgegeben war, das wurde weniger wahrgenommen.

*HK:* Warum herrscht aber gegenwärtig eine solche Scheu, an eigenen Traditionen und Erfahrungen anzuknüpfen, etwa im Zusammenhang mit der Errichtung von Gesamtschulen? Selbst bei CDU-Politikern der alten Bundeslän-

der hat sich – wenn der Eindruck nicht täuscht – die Frage nach der Gesamtschule insgesamt entideologisiert; man geht sie viel pragmatischer an. Zum Teil fördert man die Einrichtung von Gesamtschulen, um ein ortsnahes schulisches Angebot auch zu Zeiten geburtenschwacher Schülerjahrgänge zu erhalten. Besteht da nicht doch die Gefahr, daß man sich in den neuen Bundesländern möglicherweise päpstlicher als der Papst gibt?

*Lieberknecht:* In dieser Frage haben wir ganz bewußt einen Schnitt gegenüber der eigenen Vergangenheit gemacht. Uns muß es ja erst noch um die Ent-Ideologisierung gehen. Und die können wir im Moment nur erreichen, wenn erst einmal der Schnitt klar ist. Denn für viele in den neuen Bundesländern war die Gesamtschule ein Strohalm, doch nicht in dem Maße umdenken zu müssen. Wenn wir tatsächlich über eine neue geistige Grundlage verfügen, es wirklich um reformpädagogische Ansätze geht und pädagogisch vom Kind ausgehend gedacht wird, dann können wir wieder darüber reden. Dann könnte ich mir – je nach Konzept – manches, wenn auch vielleicht nicht flächendeckend, aber so doch in konkreten Einzelfällen vorstellen. Aber da die Debatte bei uns ausgesprochen ideologisch geführt wurde, sage ich: Wir müssen erst einmal weg von diesem Einheitsschulwesen. Mit der Regelschule haben wir für diejenigen, die integrativ arbeiten wollen, durchaus einen Anknüpfungspunkt.

*HK:* Inwieweit ist die Regelschule in Thüringen auch eine Antwort auf die Krise der Hauptschule in den alten Bundesländern? Könnte dies ein Modell werden für die westlichen Bundesländer?

*Lieberknecht:* Schon im Vorfeld jeder Aktivität der Landesregierung war die Hauptschule sehr diffamiert, völlig zu Unrecht, wie ich meine. Wenn wir Hauptschulabschlüsse an den Regelschulen haben, wird sich je nach Attraktivität des Angebotes zeigen, inwieweit es nicht doch angenommen wird. Gerade für den Hauptschulabschluß können wir an unserer Regelschule in Thüringen ein in Deutschland einmaliges Angebot im Bereich Wirtschaft/Technik und Arbeitslehre machen, wo wir Erfahrungen der bisherigen polytechnischen Schule aufgenommen haben, Unterricht in Blockform, Praxisorientierung, Projektunterricht. Dinge, die reizvoll sein können und die die Wirtschaft fordert. Bei den Anhörungen zum vorläufigen Bildungsgesetz hat sich die Wirtschaft eindeutig für die Hauptschule und den Hauptschulabschluß ausgesprochen. Fragt man – wie geschehen – Lehrer etwa bei großen Demonstrationen suggestiv: Wer von euch will Hauptschullehrer werden?, dann ist es klar, daß sich niemand meldet.

*HK:* Der Anteil an berufstätigen Frauen wird in den neuen Bundesländern mittelfristig voraussichtlich höher bleiben, als er in den westlichen Bundesländern ist. Kann sich das Schulwesen hierauf ausreichend einstellen?

*Lieberknecht:* Im vorläufigen Bildungsgesetz haben wir den Hort als ein Angebot festgeschrieben, das bei entsprechendem Bedarf zu unterbreiten ist, an Grundschu-

len, an Sonderschulen. Von daher bleibt diese Betreuung bestehen. Wir haben auch die Erzieherstellen im Landeshaushalt vorgesehen. Das Selbstverständnis der Frauen als Berufstätige wird auch in Zukunft in diesen Dingen weitgehend bestimmend sein. Der Anteil derer, die zu Hause bleiben, wird sicher geringer werden, wobei auch Männer dies in Anspruch nehmen werden, je nachdem, wer die attraktivere Stelle hat. Andererseits sind dies Ansätze, über die man auch gesamtdeutsch nachdenken muß und die auch von den Frauen hier eingefordert werden.

*HK:* Tun Sie eigentlich den Gymnasiasten Thüringens einen guten Dienst, wenn Sie mit der Schuldauer auf zwölf Jahre gehen, während die Schuldauer bis zum Abitur in allen westdeutschen Bundesländern weiterhin 13 Schuljahre beträgt, selbst wenn über eine mögliche Verkürzung nachgedacht wird? Könnte dies nicht die Anerkennung der Schulabschlüsse in Frage stellen?

*Lieberknecht:* Im Moment ist die Anerkennung durch den Beschluß der Kultusminister gegeben. Im übrigen ist es ja ein Vorzug unseres vorläufigen Bildungsgesetzes und des ganzen Regelschulwesens, daß wir flexibel reagieren können. Wir haben zwölf Jahre für diejenigen, die ab der fünften Klasse das Gymnasium durchlaufen, aber wir haben für alle, die einen längeren Bildungsweg wählen, 13 Jahre, etwa für diejenigen, die zunächst den Realschulabschluß machen und dann noch die gymnasiale Oberstufe draufsetzen; diese dauert in jedem Fall drei Jahre. Wer mehr Zeit braucht, etwa weil er vielleicht auch musisch orientiert ist, kann jederzeit nach 13 Jahren Abitur machen.

## „Die rechtliche Grundlage hat beim Religionsunterricht eindeutig im Vordergrund gestanden“

*HK:* Abschließend noch Fragen zum Thema Religionsunterricht: Die Stimmen, die die Einführung eines Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in den neuen Bundesländern für verfrüht halten, sind unüberhörbar. Können Sie dieser Argumentation – gerade auch in Ihrer Doppelrolle als ehemalige Pfarrerin und Ministerin – etwas abgewinnen?

*Lieberknecht:* Es gibt eindeutige Meinungsäußerungen von den Kirchenleitungen – und die sind ja für mich maßgeblich –, die ausdrücklich gewünscht haben, den Religionsunterricht jetzt einzuführen. Dies wird nicht flächendeckend möglich sein und auch nicht in jeder Jahrgangsstufe, aber doch punktuell da, wo entsprechende Lehrkräfte vorhanden sind, die aus dem kirchlichen Bereich kommen, und wo kirchliche Fortbildung stattgefunden hat. Ich halte es für ganz wichtig, jetzt damit zu beginnen. Das fordern im übrigen auch christliche Eltern. Es würde keiner verstehen, jetzt nicht damit anzufangen. Jedes Jahr, das hier hinausgezögert würde, machte den späteren Anfang schwieriger. Die Frage wird nicht leichter. Wichtig ist, daß dieser Unterricht wirklich verantwortlich und gut gestaltet wird.

*HK:* Wenn gegenwärtig gerade auch in den Kirchen selbst Stimmen zu hören sind, die die Sache für verfrüht halten, ist das aber insgesamt doch recht kennzeichnend für die gegenwärtige Lage, in der sich die Kirche befindet.

*Lieberknecht:* Auf dem Hintergrund der kirchlichen Situation der vergangenen Jahre ist mir diese Haltung durchaus verständlich. Die Kirche führte letztlich ein Nischendasein und brauchte nicht in der offenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu stehen. Jetzt müssen sich die kirchlichen Amtsträger jedoch mitten in dieser Gesellschaft behaupten. Daß da eine gewisse Zurückhaltung herrscht, daß Kirche auch einiges über ihren eigenen Weg zu reflektieren hat, ja letztlich – gerade auch im evangelischen Raum – sich in einer Krise befindet, das alles scheint mir schon einsichtig zu sein, wenn man bedenkt, daß in der Vergangenheit ein Minimum an Aufwand genügte, um gesellschaftspolitisch relevant zu sein. Hier müssen viele kirchlich Verantwortliche umdenken, und das hat auch in der Diskussion um den Religionsunterricht seine Auswirkungen. Die Kirche ist nicht mehr in dieser exponierten Stellung, in der sie einmal war. Vieles am kirchlichen Leben wird vor diesem Hintergrund neu gesehen werden müssen. Diese wirklich lebendige Gemeinde, die allen sozialistischen Widerständen getrotzt und zusammengehalten hat, die gab es selten. Die Gemeinden haben ja nicht nur aus sich selbst heraus gelebt, sondern nicht zuletzt von massiven Zuwendungen der EKD und anderen westlichen Partnern. Im Moment ist es auch eine Stunde der Wahrheit. Damit will ich aber in keiner Weise den Beitrag schmälern, den die Kirche zur Vorbereitung und im Vollzug der friedlichen Revolution vom Herbst '89 geleistet hat.

*HK:* Was hat sich denn in der Frage des Religionsunterrichts letztlich durchgesetzt, der Rechtsstandpunkt oder die Einsicht auf allen beteiligten Seiten, daß dies bildungspolitisch und (religions-)pädagogisch sinnvoll ist?

*Lieberknecht:* Die rechtliche Grundlage hat hier eindeutig im Vordergrund gestanden, vor allem die Möglichkeit, daß die mit dem Grundgesetz gegebene Regelung eingeklagt werden könnte. Die katholische Kirche kündigte unumwunden für den Fall, daß dies nicht festgeschrieben werden sollte, eine entsprechende Klage beim Bundesverfassungsgericht an. Aber das ist für mich nicht der entscheidende Grund. Ich bin innerlich der Überzeugung, daß es auch eine große Chance ist für unser Schulwesen, wenn der Staat einer Institution außerhalb seiner selbst, der Kirche, hier einen Freiraum einräumt, und zwar einen Freiraum, der durchaus auch das gesellschaftskritische Element einschließt. Wenn man das Wort Gottes ernst nimmt, wird man sich auch kritisch auseinandersetzen mit dem, was gesellschaftspolitisch Realität ist. Die Kirche kann dies von einer anderen Freiheit her tun als irgend jemand anders. Dieser Kritik soll sich der Staat aussetzen.

*HK:* Was spricht aber in dieser Situation aus Ihrer Sicht gegen einen ökumenischen oder stärker religionskundli-

chen Ansatz von Religionsunterricht, wie er in dem Zusammenhang immer wieder gefordert wurde?

*Lieberknecht:* Zumindest bei denjenigen, die Religionsunterricht durchführen wollen, also kirchlichen Mitarbeitern, gibt es dazu durchaus eine gewisse Bereitschaft. Anders sieht es dagegen in den Kirchenleitungen aus. Die katholische Kirche besteht ganz eindeutig auf konfessioneller Trennung – was selbstverständlich nicht ausschließt, daß man durchaus ökumenisch zusammenarbeitet.

*HK:* Wie ist es gegenwärtig um die Akzeptanz dieses neuen Schulfaches bestellt? Und wie ernst sind Vorbehalte gegenüber dem Religionsunterricht zu nehmen, die zu viel kirchlichen Einfluß heraufziehen sehen?

*Lieberknecht:* Das ist regional sehr unterschiedlich. Wir

haben ausgesprochen religiös-kirchlich geprägte Gebiete wie das katholische Eichsfeld – dort wird flächendeckend Religionsunterricht angeboten, im übrigen auch von den Leuten erwartet. Dort würde es kein Mensch verstehen, wenn es anders wäre. Im Südhüringer Raum, wo wir starke evangelische Gebiete haben, wird der Religionsunterricht in gleicher Weise beginnen. Letztlich ist es dann die Frage, wie er in den stark säkularisierten Großstädten angenommen wird. Der Religionsunterricht wird auf jeden Fall mehr Schüler erreichen als die bisher kircheninterne Christenlehre. Was die Ängste vor einem neuen Klerikalismus, vor dem systemstärkenden Charakter des Religionsunterrichts und einer erneuten Verbindung von Thron und Altar angeht, kann ich meinen Landsleuten nur immer wieder sagen: Nennen Sie mir ein Schulfach in den Altbundesländern, das sich kritischer zur Gesellschaft verhielte als der Religionsunterricht.

## Ein Jahr nach der deutschen Vereinigung

### Eine Umfrage über politisch-gesellschaftliche Einstellungen in Deutschland-West und Deutschland-Ost

*Vor einem Jahr, am 3. Oktober 1990, wurde die staatliche Einheit Deutschlands mit Zustimmung der europäischen Nachbarn und der Großmächte wiederhergestellt. Wie entwickelte sich die Verhaltenseinstellung in Deutschland-Ost und Deutschland-West inzwischen? Aus mehreren Studien, die sich in letzter Zeit mit dem Vergleich politischer Einstellungen in West und Ost beschäftigen, greifen wir eine heraus, und zwar die vom Mannheimer Ipos-Institut im Auftrag des Bundesinnenministeriums Ende Mai/Anfang Juni durchgeführte Umfrage, deren Ergebnisse in Auswahl Ende August veröffentlicht wurden.*

Wie beurteilen Deutsche Politik und Gesellschaft in Deutschland? Wie wichtig sind ihnen welche Werte und Ziele? Wie zufrieden sind sie mit der Demokratie und den politischen Institutionen? Wie sehen sie die öffentliche Sicherheit und die Kriminalitätsentwicklung? Wie akut ist das Asylantenproblem und wie groß die Abneigung gegen Ausländer? Wie werden die Chancen auf Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West bzw. des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern von Ost- und Westdeutschen beurteilt? Und was erwarten die Deutschen in Ost und West von der europäischen Einigung?

### Das Bundesverfassungsgericht steht im Ansehen ganz oben

Dies sind die wesentlichen Fragen, denen die Ipos-Studie in getrennten, aber praktisch zeitgleichen Befragungen in West und Ost nachgegangen ist.

Es wurde dafür kein sehr feinkörniger Fragebogen entwickelt. Auf tiefer schürfende Fragen gesellschaftlichen Verhaltenswandels wurde von vornherein verzichtet und auch auf die Erforschung von Gesichtspunkten, die es ein knappes Jahr nach vollzogener Einigung Deutschen in den alten und in den neuen Bundesländern schwer machen, einander zu verstehen.

Das relativ einfache Fragemuster ergab sich zum einen aus der thematisch-strukturellen Beschränkung auf Fragen der *Innenpolitik* bzw. auf solche, die aus dem Blickpunkt der Innenpolitik in erster Linie interessieren; zum anderen erleichtert die Beschränkung auf einige klassische Fragenkomplexe zum Verhältnis Bürger und Staat Längsschnittauswertungen über mehrere Jahre hinweg. Nur wenige Fragen werden variiert, der größte Teil wird seit Beginn der Umfragen im Jahre 1984 unverändert gestellt; das erleichtert die Vergleichbarkeit in der Auswertung.

So ist es interessant, daß in der alten Bundesrepublik die *Forderung nach wirksamem Umweltschutz* seit Beginn der Umfragen ganz vorne steht und seit 1989 auch die Sorge um die Arbeitsplätze überrundet hat, im Osten aber trotz des hohen Ranges des Umweltschutzes auch dort und der zum Teil katastrophalen Umweltzerstörungen zu DDR-Zeiten das Umweltthema sowohl von der Sorge um die Stabilisierung der Wirtschaft wie um die Sicherung der Renten wie von der Gefährdung durch Rauschgift sowohl 1990 wie 1991 überflügelt wird. In West und Ost stehen die Wachstumsförderung und die marktwirtschaftliche Ordnung als Elemente einer „idealen Gesellschaft“ ganz vorne, und unter allen Einrichtungen des öffentlichen